



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 9. Juni 1886.

Nr. 264.

Sandtags-Verhandlungen. Herrenhaus.

18. Sitzung vom 8. Juni.

Der Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 2¹/₂ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertische: Kultusminister Dr. von Gossler, Justizminister Dr. Friedberg und Kommissarien.

Tagesordnung:

Berathung des Entwurfes betreffend das Lehrer-Anstellungsgesetz für Westpreußen und Posen.

Graf v. d. Gröben-Neudörfchen beantragt die Einschaltung des folgenden § 3:

Der Staat übernimmt rücksichtlich der Volksschulen auf dem Lande diejenigen Verpflichtungen und Lasten, welche der bisherige Schusspatron als solcher zu tragen hatte.

Berichterstatter Freiherr v. Malchahn befürwortet die unveränderte Annahme der Vorlage mit Rücksicht auf die Zwangslage, in der das Haus sich dieser Vorlage gegenüber, die eine Verfassungsänderung bedeuende, befindet. Die Majorität der Kommission habe dem Gesetze nur zugestimmt in der Annahme, daß es sich allein um ein Nothgesetz handle, und dadurch für ein künftiges Unterrichtsgesetz kein Präjudiz geschaffen werde. Das Gesetz soll nur dazu dienen, Lehrer und Schüler dem Einflusse der polnischen Agitation zu entziehen.

Herr v. Kleist-Nebow erklärt, dem Gesetze nur als Ausnahmegesetz zustimmen zu können. Unrichtig sei es, in diesem Gesetze eine Verfassungsänderung zu erblicken, er müsse gegen eine solche Anschauung entschieden protestiren, doch wolle er einer wiederholten Abstimmung, wie sie verlangt wurde, nicht widerstreben. Bedauerlich aber sei es, daß durch die Annahme, daß eine Verfassungsänderung vorliege, das Herrenhaus in die Zwangslage gekommen sei, keine Änderungen vornehmen zu können. Aber jedenfalls müsse er konstatiren, daß das Haus bei einem definitiven Gesetze der Aufhebung des Patronatsrechts nicht zustimmen würde. Der Antrag des Herrn v. d. Gröben treffe das Rechte, und er würde dafür stimmen, wenn es sich darum handelte, materielles Recht zu schaffen.

Herr v. Koszielski: Der Herr Berichterstatter hat Sie aufgefordert, für die Annahme des Gesetzes zu stimmen. Es ist für mich eine schwierige Aufgabe, allein dem ganzen Hause gegenüber gegen das Gesetz eintreten zu müssen. Der Antragsteller spricht von einer zielbewußten polnischen Agitation — wir aber kennen nur eine Abwehr, das Bestreben, das, was noch polnisch ist, bei uns zu erhalten. Weshalb wird gerade jetzt gegen die Polen mit solcher Heftigkeit vorgegangen? Ich will nicht entscheiden, ob die Regierung nur eine gefügige Kammer hat abwarten wollen für diese Vorlagen, aber konstatiren will ich, daß eine Fluth von Maßregeln gegen uns sich plötzlich ergossen hat. Und die Folge davon? In nationaler Beziehung haben die Polen zweifellos gewonnen, wir sind aus unserem ruhigen Dahinleben aufgeschreckt worden und haben die Sympathien der vorurtheillosen Welt gewonnen. Dagegen werden wir in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht tief geschädigt und die Verluste, die wir dadurch erleiden, treffen auch Sie, treffen die ganze Monarchie. Mit dieser Vorlage erkennt die Regierung an, daß die Schule ihr nicht allein ein Unterrichtsmittel, sondern ein Agitationsmittel ist. Wo die Schule aber aufhört, allein eine Kulturinstitution zu sein, da ist die Kultur im Niedergange. Sie können dieses Gesetz beschränken auf zwei Provinzen, seine schlimmen Folgen aber werden leibhaftig die ganze Monarchie anfressen. Der Hauch der feilen Gesinnungslosigkeit wird die armen Seelen der Kinder vergiften — retten Sie die Kinder vor dieser Gefahr! Nicht unser patriotisches Interesse, wohl aber die Sorge um das Heil ganzer Generationen zwingt uns, energisch gegen ein solches Gesetz zu protestiren. Schon jetzt ist die Schule in Polen, besonders im deutschen Unterricht, eine sehr äußerliche — wir ist ein Fall bekannt, in dem ein polnisches Kind „Heil Dir im Siegertranz“ für wertlich hielt mit „Gegrüßt sei der Heiland!“ Die deutsche Schule hat sich wegen ihres schlechten Systems bei den Kindern wie bei den Eltern

verhaßt gemacht — das ist die Folge der Experimentalpolitik der Schule. Früher hat der deutsche Geist überall Propaganda gemacht für das Volk der Denker — jetzt hat die moderne preussische Schule das Alles geändert. Preußen wüthet gegen ein Volk, das die gleiche Kultur hat, das eine bedeutende Rolle spielen muß in dem Gigantenkampfe zwischen Osten und Westen. Verhüten Sie, meine Herren, daß Ihre Enkel nicht einmal klagen: „Weh uns, daß wir Enkel sind!“

Minister v. Gossler: Herr v. Koszielski hat wiederholt es ausgesprochen, daß ihm die Errichtung des Vollenreichtes nur für die Gegenwart unmöglich scheint — das ist ein Lichtblick durch den Schleier, den die Herren hier über die Verhältnisse breiten. Die Thatfachen sind zu beurtheilen nicht nach den Worten von der Rednertribüne, sondern nach den Verhältnissen, wie sie wirklich aussehen. Da ist jetzt wieder „unter dem Schutze der heiligen Mutter Maria“ ein Buch erschienen und in den polnischen Schülerbibliotheken verbreitet, in dem vor dem Erlernen der deutschen Sprache gewarnt wird, da wer deutsch lerne, lutherisch werde. In anderen Büchern wird der Deutsche „Husdeas“ genannt. (Bewegung.) Die systematische Agitation gegen die deutsche Sprache ist in den letzten Jahren beständig gewachsen; die höhere Bevölkerung lernt deutsch und lernt es gut, aber sie verhindert die unteren Klassen systematisch, deutsch zu lernen. — Das vorliegende Gesetz will nichts Anderes, als die Lehrer freimachen von dem Einflusse der Gemeinden und der Agitation. Es geht doch wirklich das ganze slavische Temperament dazu, um dem Gesetze gegenüber zu behaupten, daß es sich hier darum handle, feile Subjekte anzustellen. Wenn der Vordenker ernstlich meint, daß dieses Gesetz die polnische Agitation in neuen Fluß bringen wird, so müßte er der Regierung doch dankbar sein. Daß eine solche Agitation besteht, bedarf nicht mehr des Nachweises, sie ist auch nicht erst von heute; nicht seitdem die Unterrichtsmethode eine andere geworden, hat die Agitation begonnen. Wir halten unsere Volksschulen für gefährdet, wenn wir den Gemeinden das Anstellungsrecht lassen. Wir müssen die Lehrer schützen vor Beeinflussungen; die Gesichtspunkte, die in Frage kommen, sind völlig klar. Die Schule ist ein wichtiger Faktor und das Anstellungsrecht spielt eine sehr wichtige Rolle, um diesen Faktor zur Geltung zu bringen. Ich bitte Sie, die Vorlage anzunehmen.

Herr v. Mirbach hält es für richtig und notwendig, daß man den Patronatsherren, denen man Rechte nehme, nun auch die Schullasten abnehme. Er würde daher den Antrag des Herrn von der Gröben befürworten, wenn nicht die Regierung genügende Garantien in dieser Hinsicht bieten würde.

Herr v. Zoltowski, auf der Tribüne schwer verständlich, führt aus, daß die Vorlage gegen die Pädagogik verstoße, ebenso gegen die Sittlichkeit, gegen die Grundsätze der Verfassung — sie sei daher unannehmbar.

Darauf wird die General-Diskussion geschlossen.

Bei § 1 spricht Herr v. Durant seine Befriedigung darüber aus, daß das Gesetz nicht auf Oberschlesien ausgedehnt werden soll.

Herr v. Koszielski erwidert dem Kultusminister, daß doch deutsche Broschüren vertheilt würden, die dem Haß gegen die Polen predigen, daß daher das Erscheinen deutschfeindlicher polnischer Bücher nicht wunderbar sei.

Die §§ 1 und 2 werden hierauf unverändert angenommen.

Zu § 3 liegt der oben erwähnte Antrag des Grafen v. d. Gröben-Neudörfchen vor.

Minister v. Gossler erkennt eine gewisse Berechtigung des Antrages an, wenigleich seine juristische Tragweite noch nicht zu übersehen sei. Jedes Amendement zu diesem Gesetze würde aber dessen Inlebenreten auf geraume Zeit wieder in Frage stellen, er empfehle daher die Ablehnung des Antrages.

Nach kurzer Diskussion zieht Graf v. d. Gröben seinen Antrag zurück.

Hierauf wird der Rest der Vorlage debattellos genehmigt.

Es folgt die Berathung über die Vorlage

betreffend die Kommunal-Besteuerung von Militär-Personen.

Berichterstatter Herr Böttcher befürwortet die Annahme der Vorlage und erbittet Auskunft darüber, ob auch das in Grundbesitz bestehende Heirathsgut versteuert werden soll, und inwieweit das Heirathsgut der vor dem 1. April 1887 in den Ruhestand getretenen Offiziere besteuert wird.

Minister Bronsart von Schellendorff: Es unterliegt keinem Zweifel, daß es in Bezug auf den ersten Punkt bei den bisherigen Bestimmungen bleibt. Was den zweiten Punkt betrifft, so heißt es, daß nur der der Charge entsprechende Satz zur Besteuerung herangezogen werden soll.

Die Vorlage wird hierauf angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr

Tagesordnung: Kreisordnung für Westfalen, Dienststellenkommission nichtstaatlicher Lehrer.

Schluss 5¹/₂ Uhr.

Deutschland.

Berlin 8. Juni. Lange und zäh haben wir uns gegen die erschreckenden Gerüchte gewehrt, die uns jeder Tag über das Leben und Befinden des Königs Ludwig aus München brachte. Die Nachrichten kommen nun so hageldicht, von so vertrauenswerther Seite, daß wir ihnen kaum noch den Weg in die Deffentlichkeit versperrern können. Wir geben indeß auch heute nicht unserm eigenen Gewährsmann, sondern denen eines großen blühenden Blattes das Wort. Man schreibt der „Post. Ztg.“ aus München:

„Man hat einen Zettel des Königs an den Minister Frhrn. von Fellihsch in Händen, worin Letzterer aufgefordert wird, sofort zwanzig Millionen Mark zu beschaffen, aber „ohne die gewöhnlichen Ausflüchte“; sollte er (Fellihsch) es für nöthig halten, andere Minister zu wählen, so solle er es ganz unbeschränkt thun. Weiter: dem König begnügt ein Gendarm, der ihm gefällt, so daß er ihn aufs Schloß läßt. Der Gendarm fragt pflichtgemäß bei seinem Vorgesetzten an, der ihm rath, der Befehle zu folgen. Der König empfängt den Gendarm, zieht ihn zur königlichen Tafel und beschenkt ihn am Schluß mit einem Harmonium im Werthe von tausendfünfhundert Mark. Ein anderes Mal feiert der Chevauleger, ein gemeiner Soldat, der jetzt Generalvollmacht vom Könige hat, seinen Geburtstag. Der König legt ihm zu Ehren die Uniform seines Chevauleger-Regiments an. Auch der Chevauleger wird zur königlichen Tafel gezogen. Während des Essens hält der König eine längere, die Verdienste des Geburtstagskindes feiernde Rede und überreicht demselben ein Bouquet. — Ein junger Bezirksamts-Affessor erhält eine Vorladung vom König. Er wird von dem damals Generalvollmacht bestehenden Friseur des Königs empfangen und nicht etwa auf seine Bereitwilligkeit, in das königliche Kabinetsekretariat einzutreten, geprüft — Herren von Schneider war auf einem Zettel mitgetheilt worden, daß „er die königliche Gnade nicht mehr habe“, weil die Verhandlungen in der Kammer gescheitert waren —, sondern es wird ihm einfach der Auftrag gegeben, ein — neues Ministerium zu bilden. Es blieb ihm natürlich nichts Anderes übrig, als sich kopfschüttelnd zu empfehlen. . . . Alles dies ist amtlich festgestellt. Wie es heißt, hat der König sich auch an den Grafen von Paris um Hilfe aus seinen finanziellen Nöthen gewendet, und dieser Letztere sich zu Gelddarlehungen bereit erklärt, aber Bedingungen gestellt, die auf politischem Gebiete liegen und deren Erfüllung schwerlich sich hätte durchsetzen lassen. Die Antwort des Grafen von Paris soll übrigens nicht in die Hände des Königs gelangt sein, da sie nicht an diesen direkt gesandt wurde. . . . Die Hauptschwierigkeit bei der Errichtung einer Regentenschaft ist die Möglichkeit, daß dann der König, der schon zweimal auf dem Wege nach München war und stets auf der Hälfte des Weges umkehrte, plötzlich in der Hauptstadt erscheint, um die Regentenschaft zu verhindern. . . . Wenn vor einiger Zeit offiziös gemeldet wurde, daß die Bemühungen des Ministeriums bis in das Jahr 1881 zurückgingen, so ist daran zu erinnern, daß um diese Zeit herum das Ministerium der Zivilliste eine Anleihe von 7,000,000

Mark ermöglichte, von der zur Schuldentilgung nur wenig verwendet sein kann. Während dieser ganzen Zeit hieß es, entgegen der jetzigen Ansicht, daß der König, dessen Stimmung schon damals dieselbe war wie heute, vollständig gesund sei. Daß von offiziöser Seite auf gewisse pathologische Zustände des Königs aufmerksam gemacht wurde, datirt erst seit einigen Wochen und fällt in Folge eines merkwürdigen Zufalls zeitlich gerade mit der Erklärung des Prinzen Luitpold zusammen, daß er die Minister auch bei der Regentenschaft behalten wolle. . . .“

Dagegen wird dem „B. Z.“ aus München, 7. Juni, von wohlunterrichteter und vertrauenswürdiger Seite geschrieben:

Dem Senationsbedürfnis genügt die Frage der königlichen Kabinetstafel nicht mehr. Niemand fragt mehr, ob, wann und wie die Schulden gedeckt werden sollen; die Person des Königs selbst steht im Mittelpunkte der Tagesfrage. Regentenschaft, Abdankung, Absetzung, alles Mögliche und Unmögliche schwirrt in tausend Variationen durch einen Theil der bairischen und auswärtigen Presse, und wer all das liest, muß glauben, daß in unserem guten München eine Aufregung und Anspannung herrsche, wie sie einer großen Ummwälzung der Verhältnisse vorangeht. Doch davon ist in Wahrheit keine Spur: so ruhig, wie sich die Gewässer der Isar dahinwälzen, so ruhig lebt's sich an ihren Ufern; friedfertig, in althergebrachter Weise geht ein Jeder seinem Rufe und seinen Gewohnheiten nach und nur schwachen Wiederhall finden die Stimmen der senationsbedürftigen Presse und das Gezißel auf der alle Stände ausgleichenden Bierbank der getreuen Münchener. Und es ist gut so: Der biedere, wackere Mann, der fest und treu am Hergebrachten hängt, wird nicht so rasch angefränktelt, und eng gekittet ist das Band zwischen dem Volk und dem angestammten Monarchen, der in den entscheidenden Momenten noch immer bewiesen hat, daß er der rechte Mann am rechten Orte ist!

Irrren wir uns nicht: fast Alles, was über die Privatverhältnisse des Königs sowohl, als über die Frage der Regentenschaft in die Deffentlichkeit drang, ist künstlich gemacht, muß künstlich gemacht sein; es bedarf wohl keiner allzu genauen Untersuchung, um die Triebfedern aufzudecken, die einzelne Lieferanten und Privatgläubiger der Zivilliste veranlassen, klagend gegen die Zivilliste vorzugehen. Aus eigener Initiative würde wohl keiner dieser Herren einen ernstlichen Schritt eingeleitet haben. Die Meisten von ihnen haben sich an den kostbaren Bauten des Königs bereichert, und die Summen, die sie heute noch zu fordern haben, verschwinden gegenüber denen, die sie bereits verdient haben. Viele von ihnen, die heute auf großem Fuße leben, dürften noch vor wenig Jahren nicht daran denken, auch nur den bescheidensten Aufwand zu machen. Das Gesammtdefizit der Kabinetstafel dürfte, abgesehen von der vor einigen Jahren geregelten Schuld, etwa sechseinhalf Millionen betragen. Was will das heißen gegenüber einer Zivilliste von etwa viereinhalf Millionen? Wie leicht müßte es einem energischen Manne werden, die Angelegenheit in absehbarer kurzer Zeit zu erledigen; freilich müßte ein anderer Weg beschritten werden als der, den Friseurs am Hoftheater den Spiritus vorzumessen, den sie zum Brennen der Perücken verwenden dürfen!

Aber es haben zu Viele ein zu großes Interesse daran, daß die Verhältnisse nicht geregelt werden, und da die unlesugbaren, wenn auch stark übertriebenen Verlegenheiten der Kabinetstafel wohl nicht genügend Staub aufgewirbelt haben, so wagte man sich an die Person des Monarchen. Die unglücklichsten Dinge wurden in die Welt hinausgerufen und von einer skandalträchtigen Presse mit Heißhunger verschlungen — Dinge, die nicht wahr sein können, schon deshalb nicht, weil, wenn sie wahr wären, sie niemals an die Deffentlichkeit bringen würden. Der König verkehrt notorisch mit Ausnahme einiger Kammerdiener persönlich mit keinem Menschen; diese Kammerdiener aber werden sich hüten, den Stoff zu Sensationsnachrichten zu liefern. Freilich, der König lebt zurückgezogen und einsam auf seinen Schlössern — was ist leichter, als sein Thun und Lassen mit den widerlichsten und gefälligsten Geschichten zu umgeben, sein körperliches und geistiges Be-

